

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringenlohn monatlich 80 Pf.  
Nach in Vor bezogen vierjährig M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und  
Ostsee-Länder M. 5.—. Erhalten wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstarife 50 Pf. Inserate müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
Voranz zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 164.

Dresden, Mittwoch den 19. Juli 1911.

22. Jahrg.

## Agrardiktatur in der Schweiz.

Das Jülich wird uns geschrieben:

Wie in anderen Ländern zeigt sich auch in der Schweiz das merkliche Schauspiel, daß der agrarische Einfluß in der Landwirtschaft selbst wirtschaftlich an Bedeutung verliert. Im Jahre 1850 war mehr als die Hälfte der schweizerischen Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft tätig, heute sind es deren nur noch 35 Proz. Einzelne Kantone weisen sich noch viel rascheren Rückgang der Landwirtschaft auf. So hatte Jülich zum Beispiel im Jahre 1870 eine landwirtschaftliche Bevölkerung von 19 Proz., zu gleicher Zeit machte in gegen nur noch eine solche von 19 Proz. In gleicher Zeit machte in den vergangenen Jahrzehnten die Betriebsweise der schweizerischen Landwirtschaft eine vollständige Wendung durch. Wehr und Landwirtschaft vor allem der Ackerbau. 1848 baute die Schweiz noch 66 Proz. des benötigten Getreides selbst, heute nur noch 11 Proz. In vielen Gegenden ist der Ackerbau ganz verschwunden, es gibt ganze Kreise von Dörfern, in denen kein Pflug aufzutreiben wäre. Demgemäß gehen für den Getreide große Summen in das Ausland. Im vorigen Jahre importierte die Schweiz für 97 Millionen Frank Weizen, für 45 Millionen Hafer, Gerste, Mais, für 15 Millionen Weizen. Das ist auch der Rückgang des schweizerischen Getreidekonsums. Im Jahre 1842 betrug der Weizenverbrauch pro Kopf 41 Liter, wovon 17 Liter importiert waren. Heute ist der Verbrauch auf 74 Liter pro Kopf gestiegen. Das Inland liefert aber nur noch die Hälfte des Konsums. Im Kanton Jülich ist der Ackerbau beispielsweise um 47 Prozent zu rückgegangen, der Wert des Feldlandes um 21 Millionen Frank gesunken, dagegen hat sich die schweizerische Milcherzeugung um 60 Prozent vergrößert, auch die Viehzucht ist im starken Emporschreiten begriffen, ohne jedoch den Landverbrauch an Fleisch beden zu können. Von 1886 bis 1906 betrug die Zunahme des Viehbestandes 81,9 Prozent, der Kanton Jülich hatte sogar eine solche von 80,3 Prozent.

Während aber der Bestand zunimmt, vermindert sich die Zahl der Viehbesitzer, der Rückgang betrug z. B. im Kanton Jülich von 1816 bis 1906 12,7 Proz. In der gesamten Schweiz machten im Jahre 1816 noch die Viehbesitzer von 1 bis 2 Stück 66,8 Proz. derselben und 11,4 Proz. des Viehbestandes aus, im Jahre 1906 aber nur noch 4,7 Proz. des Viehbestandes. Die Bauern mit 3 bis 4 Stück Vieh machten 1816 noch mit 28,8 Proz. unter den Viehbesitzern und mit 19 Proz. im Viehbestande, 1906 aber nur noch mit 10 Proz. im Viehbestande, die Großbauern aber mit mehr als 10 Stück, die im Jahre 1816 nur mit 8,7 Proz. der Viehbesitzer und mit 18,7 Proz. der Viehbestände mit einem Viehbestande von 41 Stück anwachsen.

Die Ausweitung der Kleinbetriebe durch die Mittel- und Großbetriebe ist demnach eine rapide. Ob dieser Tatsache nicht großer Jammer unter dem kleinen Bauernstand! An laienhaften Kreisen jedoch die schuldigen Urheber, Großbauern und Viehzüchter, aber die Not der Landwirtschaft und die Kleinbetriebe zwangen jene Kreise dem Lande die Viehzucht auf, die natürlich den Kleinbauern keine Vorteile brachte, wohl aber dem Großbauern die Bahn frei machte zu einem intensiven Raubzug auf die Ländchen der Bauern.

Daß die Großindustrie bei der Hochdruck-Kampagne ungehindert ist nicht verwunderlich. Führt doch ein Großteil der durch die Verfassung des Konsums herausgehobenen Geldsummen in ihre Taschen. Schon die steigenden Militärausgaben bedeuten für die schweizerische Großindustrie gewaltige Gewinne. Denn wie anderswo wachsen auch in der Schweiz die Militärausgaben in dem gleichen Verhältnis, wie die Einkünfte anwachsen. Im Jahre 1890 erforderte die Schweiz an Militärausgaben den Betrag von 91 258 000 Frank, der eine Belastung pro Kopf der Bevölkerung von 10,22 Frank bedeutete. Im Jahre 1910 aber betragen die Militärausgaben bei sich also binnen 20 Jahren mehr als verdoppelt. Freiden Bevölkerung in Europa. Jedemfalls ist sie ungleich höher als im Jahre 1908 den Kopf seiner Bewohner nur mit einem Soldatentrag von 12 1/2 Frank!

Die Militärausgaben des Bundes aber stiegen vom Jahre 1900 bis 1910 von 24,5 Millionen Frank auf 44 Millionen Frank, haben sich also in 10 Jahren fast verdoppelt. Und wie bei dem Militär ist es auch bei allen sonstigen Bundesausgaben. Die Militärausgaben liegen nur so am besten hinan.

Die Landwirtschaft und ein zur Fernhaltung der Auslandsbeziehungen rigoros angewandtes Lebensmittelpolizeigesetz erregten den von dem schweizerischen Großbauernstande oder Lebensmittelpolizei, sprunghaft und unaufrichtig in die Höhe zu schrauben. Das landwirtschaftliche Jahrbuch der Schweiz, Jahrgang 1910, berichtet z. B. die Steigerung, die in den Jahren 1900—1908 stattgefunden hat, beim Getreide auf 15,21 Proz., Kartoffeln 21,31, sonstiges Gemüse 41,88, Rindfleisch 18,71, Kalbfleisch 24,06, Schweinefleisch 18,66, Milch,

Milch, Butter 28,87 Proz. Das waren Preissteigerungen, denen natürlich die Löhne der Arbeiterschaft und die Gehälter der kleinen und mittleren Angestellten unmöglich zu folgen vermochten!

Inzwischen sind seit dem Jahre 1908 die Preise, vor allem von Fleisch und Milch, abermals um 15—20 Proz. in die Höhe gegangen. In Jülich kostet jetzt das Pfund Rindfleisch 1,10—1,20, Schweinefleisch 1,20—1,30, Kalbfleisch 1,30—1,40 Frank. Bei derartigen Preisen hätte man wirklich annehmen sollen, daß seitens der Regierung und der maßgebenden Faktoren alles getan würde, um durch Herabsetzung der Vieh- und Milchpreise usw. die bestehende Leuerung zu lindern. Der jetzige Posttarif belastet Lebensvieh (Schlachttiere) mit einem Zoll von 47 Frank. Beim geschlachteten Rindfleisch macht der erhobene Wertzoll 8,9 Proz., bei geschlagenem und geräucherter Fleisch 17 Proz. aus.

Der Allgemeinverbrauch von Fleisch pro Kopf der Bevölkerung in der Schweiz beträgt pro Jahr 62,58 Kilogramm, er ist demnach ziemlich hoch, denn in Europa hat nur England einen höheren, 60,5 Kilogramm. Die Verbrauchsziffern der übrigen Länder sind alle wesentlich niedriger, Deutschland z. B. 49 Kilogramm, Frankreich 39,5 Kilogramm, Belgien 35 Kilogramm, Italien 23 Kilogramm, Dänemark 38 Kilogramm, Schweden 31 Kilogramm usw. Allerdings kommt dieser relativ hohe Verbrauch nicht etwa auf das Konto einer besonders guten Lebenshaltung der schweizerischen Bevölkerung, sondern ausschließlich auf dasjenige des Fremdenverkehrs, der alljährlich die Schweiz überflutet. Die Lebenshaltung des größten Teils des Schweizer Volks ist in Wahrheit fast karglich. Bei dem Kleinbauern bis weit hinein in die Kreise der Mittelbauern ist Fleisch beispielsweise ein Gedicht, das noch nicht einmal alle Sonntage regelmäßig auf den Tisch kommt. Früher verbrauchten die Bauern wenigstens einen Teil der erzeugten Milch in eigenen Haushalten. Aber auch diese wird jetzt fast vollständig verkauft und durch bannen Schnapskaffee ersetzt. Gleich schlecht sind die Lebensverhältnisse innerhalb großer Arbeiterkategorien, besonders denjenigen der Textilindustrie, der größten der Schweiz. Hier gelten Löhne von 3 bis 8,50 Frank schon als gut. Bei solchen Einkommensverhältnissen läßt sich erweisen, wie groß in diesen Volksteilen der Fleischverbrauch sein kann. Die Bergkantone, in denen Kleinbauern und Textilarbeiter den größten Bevölkerungsstamm bilden, leiden daher auch geradezu an einer chronischen Unterernährung. Daher denn auch die Tatsache, daß die größte Hälfte aller Dienstpflichtigen aus jenen Gegenden dienstuntauglich ist!

Um den für den Fremdenverkehr benötigten großen Bedarf zu decken, müssen alljährlich große Mengen Vieh und Fleisch in die Schweiz eingeführt werden. Im Jahre 1906 betrug diese Einfuhr 46 476 000 Frank an Vieh und 8 684 000 Frank für geschlachtetes Fleisch. Im vorigen Jahre wurden für 67 Millionen Frank Vieh und 11 178 000 Frank Fleisch, zusammen für 78 178 000 Frank eingeführt. Die schweizerische Eigenproduktion an Fleisch und Schlachttiere betrug zu gleicher Zeit 190 Millionen Frank, das ist also knapp zwei Drittel des Bedarfs. Auf die Inlandpreise ließ diese verhältnismäßig große Einfuhr jedoch ohne jeden Einfluß. Erst als man anfangs argentinisches Geflügel einzuführen, geschah dies zu wesentlich niedrigeren Preisen als den bisherigen. Sofort drängte man aber das Großbauern- und Regierung, dieser Einfuhr soviel Schwierigkeiten als nur möglich in den Weg zu legen, aus Furcht, daß jene schließlich doch ein Fallen der hohen einheimischen Fleischpreise zur Folge haben könnte. Und wirklich brachten es die Großbauern zu Wege, daß die Regierung nicht nur jeder agrarischen Werbung sofort Folge leistete, sondern dabei zugunsten der Agrarier sogar dem gefunden Preisverhältnisse Abzug anlegte, indem sie das Geflügel Fleisch statt unter das frische Fleisch, was es doch unter allen Umständen ist, unter das konservierte Fleisch subjugierte. Das hatte zur Folge, daß nunmehr 100 Kilogramm statt mit 10 Frank mit 25 Frank zu bezahlen waren. Den 215 000 selbständigen Bauern zu Vieh verunmündigste die Bundesregierung 880 000 Arbeiter und dem übrigen Schweizer Volke die Einfuhr billigen Fleisches und belastete dieses mit einem Wertzoll von 26 Prozent.

Daß eine derartige einseitige Begünstigung agrarischer Interessen in allen Konsumkreisen, vor allem denjenigen der Arbeiterschaft, tiefen Grimm auslösen mußte, liegt auf der Hand. Wer läßt sich wohl ohne Murren das Fell über die Ohren gleiten? Auf die Regierung und die agrarische Sippe, die im National- wie im Ständerat das politische Best in Händen hat, macht die wachsende Erbitterung augenscheinlich keinen Eindruck. Im Herbst sind zwar Reumutigen für den Nationalrat, und die Bevölkerung fände Gelegenheit zu einer gründlichen Abrechnung. Regierung und Agrarier scheinen jedoch mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die berüchtigte schweizerische Wahlfreigeometrie, die so oft zu ihren Gunsten funktioniert, auch diesmal ihre Schuldigkeit tun und für die Agrarier eine sichere Mehrheit ergeben wird. Seitdem der Proporz im vorigen Herbst vom Schweizer Volke mit der knappen Differenz von 25 000 Stimmen abgelehnt worden, ist bei der herrschenden Clique die Furcht vor Reumutigen und unliebsamen Überraschungen vorläufig wieder geschwunden! In der letzten Session des Nationalrats sind alle Bemühungen, den Fleischzoll zu erniedrigen, gescheitert. Nur gelang es, besonders durch die Bemühungen unseres Fremden-

Freundlich, die bisherige provisorische Zulassung von Geflügel-Fleisch zur endgültigen umzuwandeln.

Die infolge der Volksvermehrung neu zu schaffenden Nationalratsmitglieder haben die herrschenden Parteien, Demokraten und Freisinnige, daher bereits im und friedlich unter sich geteilt. Sorge macht ihnen zurzeit nur noch der 1. Nationalratswahlkreis (Jülich), weil da die Sozialdemokratie ein gewichtiges Wort mitzusprechen hat. Früher umfaßte dieser Kreis neun Sitze, von denen die Bürgerlichen acht, die Sozialdemokratie aber nur einen in Händen hatte. Und dies, trotzdem das Stimmenverhältnis der Parteien 18:15 000 war! Im Herbst wählte der 1. Kreis nun aber 12 Vertreter, und den jetzigen Seffelinhabern droht die Gefahr, umsonst in die Luft zu fliegen. In einer derartigen Not läßt die schweizerische Volksmehrheit sofort die Wahlkreisgeometrie spielen. Nunmehr will man den unsicheren Kreis in 2 oder 3 neue teilen, dergestalt, daß die Bürgerlichen 7 bis 8, die Sozialdemokratie 4 bis 5 Sitze erhalten sollen.

Auf eine solche ingeniöse Art zweibt man nämlich bei uns in der Demokratie Wahlpolitik. Fängt irgendwo ein Kreis an, unsicher zu werden, flugs verfochtelt man ihn mit einem räumlich vielleicht weit abgelegenen, sicheren Bezirk. Verläßt auch dieses Mittel, so isohert man einfach den stärksten Oppositionsbeerd, zerreiht und gerillt ihn, nur um die Opposition im Bundesparlament in jeder Weise mundtot und unschädlich machen zu können!

## Deutsches Reich.

Die Wahl in Düsseldorf.

Seit Jahrzehnten ist man gewohnt, Zentrum und Nationalliberale bei den Wahlen im schärfsten Kampfe gegeneinander zu sehen, dabei pflegt sich gewöhnlich das Zentrum als die „Volkspartei“ aufzuspielen und dem Nationalliberalismus die Rolle der Geldpartei zuzuschreiben, die ihr ihrer ganzen Natur und Herkunft nach wohl auch zukommt. Die Nationalliberalen dagegen bekämpfen gar nicht über gegen die römische Geistesverfinstung, sie schwärmen über Licht und Kultur und Kultur. In Düsseldorf präsentiert jetzt das Zentrum einen hanfblinderischen Kandidaten als seinen Kandidaten, und die für Kultur und Kultur schwärmenden Nationalliberalen, wenigstens soweit sie unter dem Einfluß der Sozialdemokraten stehen, sind bereit, die Kandidatur dieses begüterten Dunkelmannes nach Kräften zu begünstigen.

In Düsseldorf besteht eine Liberale Vereinigung, der sowohl Nationalliberale wie auch Fortschrittler angehören. Diese Liberale Vereinigung faßt den Beschluß, keine Kandidaten aufzustellen, mit der geheimen Absicht, die Wahl des Zentrumskandidaten dadurch zu fördern. Die Fortschrittler fügen sich im Interesse der liberalen Gemeinbürgerschaft diesem Beschluß und — geben die Parole aus, gleich im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten zu stimmen.

Nun kommt die Demokratische Vereinigung und stellt einen eigenen Kandidaten auf. Sie tut das, wie sofort hervorgehoben werden muß, nicht etwa, um die guten Absichten der Fortschrittler zu durchkreuzen und die Wahl des Sozialdemokraten zu verhindern, sondern im Gegenteil — sie ist davon überzeugt, daß auf die fortschrittliche Weise für den Sozialdemokraten kein Verlaß ist, und daß nur durch die Sammlung aller bürgerlich radikalen Stimmen im ersten Wahlgang mit darauffolgender Unterstützung des Sozialdemokraten bei der Stichwahl die Zentrumsherrschaft in Düsseldorf gebrochen werden kann!

Während somit die bürgerlichen Parteien nur darüber streiten, wie man die Sozialdemokratie am besten bekämpft, streiten jetzt in Düsseldorf zwei bürgerliche Gruppen, wie man der Sozialdemokratie am sichersten zu einem Wahlsieg verhilft.

Ein Grund, sich gegen die demokratische Sonderkandidatur zu erheben, liegt trotz des lödenden Versprechens der Fortschrittler, schon im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten stimmen zu wollen, kaum vor. Die Sozialdemokratie schwärmt ja nicht für Sammellandidaturen, sondern sie will bei den Wahlen ihre eignen Kräfte erproben, die Zahl ihrer wirklichen Anhänger feststellen. Es kann ihr daher nur recht sein, wenn im ersten Wahlgang die politische Gestaltung der Wählerchaft in ihrer Differenziertheit zu möglichst klarem Ausdruck kommt.

Die Demokratische Vereinigung in Düsseldorf beschloß, einem Privat-Telegramm zufolge, dem Parteivorstande Dr. Breitscheid in Berlin die Kandidatur für die Reichstagswahl anzufragen. Dr. Breitscheid befreit sich den endgültigen Bescheid bis nach der Zentralvorstandssitzung am Donnerstag vor.

Einer Zuschrift des Herrn Dr. Breitscheid an das Berliner Tageblatt entnehmen wir folgendes:

Die Demokratische Vereinigung ist wohl über den Verdacht erhaben, daß sie nicht die nötige Entschlossenheit besitze, zur Wahl des Sozialdemokraten im ersten Gang aufzufordern. Aber nach reiflicher Erwägung und unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Faktoren sehen uns diese Parole nicht angebracht. Leider ist zumal nach der Aufstellung eines Angehörigen des Hansabunds als Zentrumskandidaten nicht zu erwarten, daß von vornherein der Kandidat der Sozialdemokratie aus nichtsozialdemokratischen Kreisen